

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Postfach 1165 • 38501 Gifhorn



1949 – 2024

# Pressespiegel vom 3. Mai 2024



**Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG**  
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn  
Tel.: (0 53 71) 98 98-0  
gwg@gifhorn.de

**Bankverbindung**  
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg  
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25  
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo  
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00  
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover  
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01  
BIC: PBNKDEFFXXX

**Vorstand:** Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

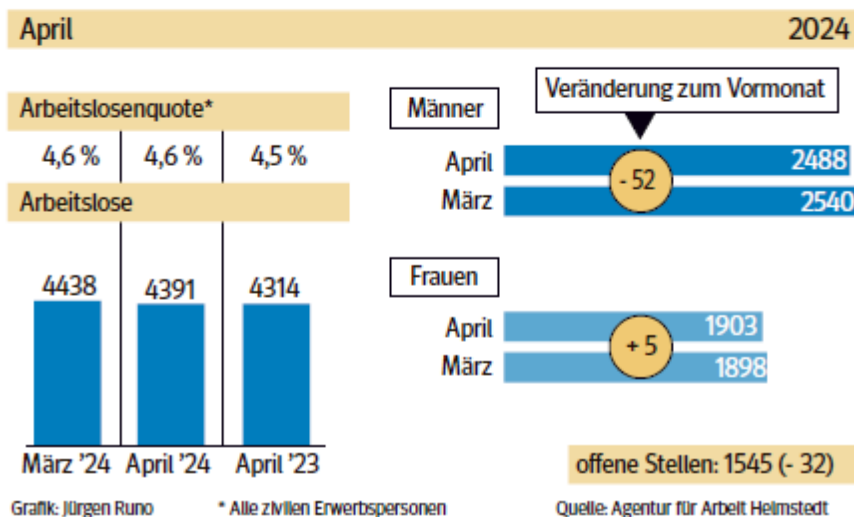
# Arbeitslosenquote im Landkreis Gifhorn sinkt

**Gifhorn.** Die Agentur für Arbeit informiert in einer Pressemitteilung über die aktuellen Zahlen. Im Landkreis Gifhorn sank die Arbeitslosigkeit. Hier waren im zurückliegenden Monat 4391 Menschen arbeitslos, 47 bzw. 1,1 Prozent weniger als im März und 77 bzw. 1,8 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote beträgt 4,6 Prozent, sie liegt damit 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Dabei meldeten sich 822 Personen, neu oder erneut, arbeitslos, 49 mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig beendeten 859 Personen ihre Arbeitslosigkeit (-40). Der Bestand an Arbeitsstellen ist im April um 32

Stellen auf 1545 gesunken; im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 55 Arbeitsstellen mehr, vermeldet die Agentur für Arbeit.

„Derzeit arbeiten unsere Berufsberater daran, junge Menschen mit dem passenden Ausbildungsplatz zusammenzubringen. Jeder, der noch auf der Suche nach dem passenden Berufsstart im Sommer ist, sollte sich spätestens jetzt mit uns in Verbindung setzen. Es sind noch rund 1400 der uns gemeldeten Ausbildungsstellen in der Region unbesetzt. Chancen auf einen Berufseinstieg gibt es in nahezu allen Branchen“, so Ulf Steinmann, Leiter der Agentur für Arbeit Helmstedt. *red*

## Arbeitslosigkeit im Landkreis Gifhorn



Wolfsburger Nachrichten, 03. Mai 2024



Der Bundestagsabgeordnete Victor Perli (Die Linke) kritisiert die in den vergangenen fünf Jahren stark gestiegenen Wohnungsmieten in Stadt und Kreis Gifhorn.

CHRISTIAN FRANZ / FMN

# Abgeordneter: Gifhorner Mieten sind zu stark gestiegen

Der Durchschnitt bei Neuvermietungen liegt schon bei 8,73 pro Quadratmeter. Das will die Stadt gegen weiter steigende Wohnkosten tun.

**Christian Franz**

**Gifhorn.** Die Mietpreise im Landkreis Gifhorn sind in den letzten fünf Jahren überaus stark gestiegen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Victor Perli (Die Linke) hervor. Demnach stiegen die Angebotsmieten im Zeitraum von 2018 bis 2023 um 24 Prozent. Zuletzt mussten Wohnungssuchende im Durchschnitt 8,73 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter hinlegen. Nebenkosten, oft „zweite Miete“ genannt, kommen noch obendrauf. Die stärksten Anstiege verzeichnen die Landkreise Grafschaft Bentheim und Schaumburg mit 55 und 59 Prozent. „Die Zahlen belegen einen rasanten Anstieg der Mietpreise. Die Wohnkosten steigen deutlich schneller als Löhne und Renten. Das ist eine erhebliche Belastung vor allem für Menschen mit kleinen und mittleren Einkom-

men. Die bisherigen Versuche von Bund und Land, den Mietanstieg zu bremsen, sind gescheitert. Der Wohnungsneubau ist in einer schweren Krise und wird kurz- und mittelfristig keine spürbare Verbesserung schaffen. Es braucht einen gesetzlichen Mietendeckel, der Mietpreise oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete erschwert“, leitet Parlamentarier Perli davon ab. Die Politik müsse bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten.

Auch Dieter Michel-Weinreich, der für Die Linke im Gifhormer Kreistag sitzt, bereiten die Zahlen große Sorgen. „Es ist besorgniserregend, dass der Anstieg der Mieten bei uns überdurchschnittlich hoch ist. Das bedeutet für viele Menschen, dass es immer schwerer wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Selbst in ländlichen Regionen und in der Fläche steigen die Mietpreise stark an. Das darf so nicht weitergehen. Neubau alleine kann

nicht die Lösung sein, auch die Bestandswohnungen müssen in Blick genommen werden. Land und Kommunen müssen öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen“, forderte Michel-Weinreich.

Seitens der Kreisverwaltung hieß es zu dem gesellschaftspolitisch brisanten Thema: „Die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Mietspiegels gilt für Städte und Gemeinden ab 50.000 Einwohner. Da diese Einwohnerzahlen auf Städte- und Gemeindeebene bei uns nicht erreicht werden, liegen keine entsprechenden Daten vor.“ Und: „Da der Landkreis Gifhorn nicht zu den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt gehört, fehlt es an der gesetzlichen Voraussetzung der niedersächsischen Mieterschutzverordnung zur Einführung einer Mietpreisbremse.“

In der Stadt Gifhorn selbst sieht das Rathaus ebenfalls keinen Bedarf für eine Mietpreisbremse. Die

Wohnsituation sei nicht „angespannt“. Allerdings sehen Politik und Verwaltung die stetig steigenden Mieten hier schon. „Aktuell wird deshalb an der Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzepts gearbeitet. Dies wird dann die Grundlage für eine zukünftige Strategie sein“, kündigte Stadt-Sprecherin Annette Siemer auf Anfrage an.

Die eigenen Gifhormer Zahlen basieren auf Werten von 2017 bis 2023. Kaltmieten im frei finanzierten Wohnungsbau seien um 13 Prozent gestiegen. Weniger als Perlis plakative Daten, aber, so Siemer: „Damit liegen wir nicht nur über dem Landesdurchschnitt, sondern auch über dem Durchschnitt des Landkreises.“

Konkrete Auswirkungen etwa auf erhöhtes Wohngeld habe die Entwicklung bisher aber noch nicht gehabt. Was den Mietanteil des Bürgergelds angehe, habe die Stadt keinen Einblick, so Siemer.

Wolfsburger Nachrichten, 03. Mai 2024





Probebohrung in Gifhorn: Die GWG will am Herbert-Trautmann-Platz künftig Erdwärme für die Energieversorgung nutzen.

FOTO: RON NIEBUHR

# Herbert-Trautmann-Platz: GWG setzt auf Energieversorgung durch Erdwärme

Probebohrung läuft – Weitere Maßnahmen in den Quartieren geplant, alles bei bewohnten Häusern

Von Ron Niebuhr

**Gifhorn.** Die Gifhorer Wohnungsbau-Genossenschaft (GWG) saniert und modernisiert seit 2023 und voraussichtlich noch bis 2025 ihr Quartier an Herbert-Trautmann-Platz und Immenweg. 13 Millionen Euro investiert sie dort. Teil des Gesamtpaketes ist auch, künftig über Erdwärme zu heizen. Dafür laufen jetzt zwei Probebohrungen.

„Wir gehen bei der Sanierung nach modernsten Kriterien vor“, sagt Andreas Otto. Für den geschäftsführenden Vorstand der GWG ist damit klar, dass Themen wie Wärme und Strom nicht ausgespart werden. „Früher hat man bloß alte Heizkessel und Steuerungen ausgetauscht. Das ist nicht mehr en vogue“, unterstreicht er. Nicht zuletzt weil man den Bestand bis 2035 zu 65 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt haben und – so das erklärte Ziel der Bundesregierung – bis 2045 klimaneutral sein muss. Die GWG möchte das für ihre Immobilien beim Heizen auf zwei Wegen erreichen: Luft-Wärmepumpen und Erdwärme.

Auf Erdwärme setzt sie im Quartier aus Gebäuden am Herbert-

Trautmann-Platz und den geraden Hausnummern im Immenweg. In einem ersten Schritt erfolgen nun zwei Probebohrungen. „Grundsätzlich ist Erdwärme in Gifhorn möglich“, weiß Otto. Zu klären ist, ob sie im gewünschten Umfang in jenem Quartier verfügbar ist. „Wir wollen sie ja langfristig nutzen, nicht nur für zwei Jahre“, erklärt er.

Bringen die Probebohrungen das erhoffte Ergebnis, folgen möglichst

im Juni und Juli 14 Erdbohrungen in eine Tiefe von bis zu 100 Meter. Daraus soll das Nahwärmenetz des Quartiers ganzjährig gespeist werden, eine Heizungsanlage ersetzt dann die aktuell sechs Anlagen. Für die Mieterinnen und Mieter der insgesamt 105 angeschlos-

senen Wohn- und sechs Gewerbeeinheiten bringt das eine spürbare Ersparnis bei den Heizkosten, „allein schon weil sie die Raumtemperatur nicht mehr von null auf 20 heizen müssen“, sagt Otto. Zwar geht die GWG im Quartier dafür kräftig in Vorleistung, aber

die Ersparnis an Kosten und nicht zuletzt auch an Kohlendioxidemission im laufenden Betrieb rechtfertigt das, betont der Geschäftsführer.

**Das plant die GWG am Herbert-Trautmann-Platz noch**

Daneben erneuert die GWG unter anderem auch Außendämmung, Dächer, Treppenhäuser und Bäder ihrer Gebäude am Herbert-Trautmann-Platz und Immenweg, installiert zudem Photovoltaikanlagen auf den Dächern.

„Das alles passiert im bewohnten Zustand“, verweist Otto auf die zum Glück überwiegend „starke Akzeptanz und Toleranz“ der Mieterinnen und Mieter. Obgleich ein derartig groß angelegtes Projekt natürlich „nicht völlig reibungslos abzuwickeln“ sei, komme man zügig voran. Zumal die nötigen Genehmigungsverfahren, etwa beim Landkreis Gifhorn, „völlig problemlos“ gelaufen seien. Das habe geholfen, die Kosten zu verringern und den Zeitplan einzuhalten: „Wir sind daher zuversichtlich, zeitnah Erfolge vorzuweisen“, sagt Otto auch mit Blick auf die beiden Probebohrungen für Erdwärme.



## Was ist eigentlich eine Bohrung für Erdwärme?

**Erdwärme ist eine Variante** der Energieversorgung der Zukunft. Doch was ist eigentlich Erdwärme, und wie funktionieren die Bohrungen?

**Das Prinzip Energie aus Erdwärme** setzt auf die Tatsache, dass es im Erdinneren wärmer ist als an der Erdoberfläche. In 100 Metern Tiefe ist die Erde zehn Grad warm, je nach Beschaffenheit auch ein paar

Grad mehr. In 400 Metern Tiefe sind es bereits mindestens 20 Grad. 100 bis 150 Meter tiefe Bohrungen reichen in der Regel aus, um Gebäude über eine Wärmepumpe zu heizen. Wie tief in Gifhorn am Herbert-Trautmann-Platz gebohrt werden muss, wird die Probebohrung zeigen. Die Tiefe der folgenden End-Bohrung richtet sich nach der Bodenbeschaffenheit, liegt aber in der

Regel zwischen 50 und 150 Metern.

**Wenn die Probebohrung** erfolgreich ist, wird das eigentliche Bohrloch gesetzt. Ist die erforderliche Tiefe erreicht, wird die Erdwärmesonde eingesetzt. Sie enthält in der Regel vier Leitungen. Umhüllt von einem Rohr wird sie im Bohrloch versenkt. Durch die vier Leitungen fließt eine Flüssigkeit, die der

die Wärme entzieht und diese über die Wärmepumpe an das Haus abgibt.

**Die Kosten** für solch eine Erdwärme-Bohrung betragen pro Meter zwischen 50 und 100 Euro – plus Material, Bohrgenehmigung und Einrichten der Bohrstelle. Da können schnell 10.000 Euro zusammenkommen. Eine Bohrung dauert in der Regel mehrere Tage.

Aller Zeitung, 03. Mai 2024

# Vonovia verkauft 4500 Wohnungen

Das Land Berlin zahlt den hohen Buchwert von 700 Millionen Euro – Aus der Politik kommt Kritik

Von Johanna Apel

Berlin. Deutschlands größter Vermieter Vonovia ist zurück in der Gewinnzone. Der Überschuss habe in den ersten drei Monaten des Jahres 335,5 Millionen Euro betragen, teilte das Bochumer Unternehmen mit.

Im ersten Quartal 2023 hatte der Dax-Konzern durch eine Abwertung seines Immobilienportfolios unterm Strich einen Verlust von knapp 2,1 Milliarden Euro verkraften müssen. Das Jahr beginnt für den Konzern aber noch mit anderen guten Nachrichten. Mit dem Verkauf von Immobilien will Vonovia seine Schulden abbauen. 2022 hatte das Unterneh-

men angekündigt, sich von 60000 Wohnungen trennen zu wollen. In Berlin konnte Vonovia jetzt einen Teil seines Bestands an zwei landeseigene Wohnungsgesellschaften verkaufen. Knapp 4500 Wohnungen im Bezirk Lichtenberg gehen damit in die kommunale Hand. Der Kaufpreis habe bei 700 Millionen Euro gelegen, teilte die Berliner Wohnungsgesellschaft Howoge mit. Die würden von den Landesgesellschaften eigenständig aus eigener Liquidität als auch über Fremdkapital finanziert. „Der Berliner Landeshaushalt wird nicht belastet“, ließ die Howoge wissen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU),

sagte dazu: „Wir wollen in Berlin mehr Wohnungsneubau, bezahlbare Mieten und weniger Druck auf dem extrem angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt. Mit dem Erwerb der rund 4500 Wohnungen und der damit einhergehenden Stärkung des kommunalen Wohnens sind wir diesen Zielen einen großen Schritt näher gekommen.“

Der Verkauf stößt allerdings auch auf Skepsis: „Zwar ist es richtig, den Anteil öffentlicher Wohnungen zu erhöhen, aber es ist widersinnig, dies über einen teuren Kauf zu tun, während gleichzeitig die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne ausge-



„Wir sind auf Kurs“: Vonovia-Chef Rolf Buch.

FOTO: MAGO/JAKOB HOFF

schlossen wird“, sagte Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. „Vergesellschaftung könnte viel mehr Wohnungen wesentlich günstiger zurück in öffentliche Hand holen und so den Mietenwahnsinn effektiv bekämpfen.“

Vonovia verkaufte die Wohnungen zum Buchwert, also ohne Preisabschläge – und es soll direkt weitergehen: „Wir wollen in diesem Jahr Verkäufe mit einem Volumen von 3 Milliarden Euro umsetzen: Wir sind auf Kurs und realisieren unsere Buchwerte“, sagte Vorstandschef Rolf Buch. Im vergangenen Jahr hatte Vonovia sein Immobilienportfolio mehrfach abwerten müssen.

Aller Zeitung, 03. Mai 2024